bundeswehr-journal

Information:

Über den Anwalt der Soldaten

Der Bundeswehr eng verbunden

27. September 2012, im Deutschen Bundestag: Der Wehrbeauftragte, Hellmut Königshaus, eröffnet die Aussprache über seinen Jahresbericht 2011, den er im Januar des Jahres der Öffentlichkeit präsentiert hatte. Darin hatte er bereits auf die „schlechte Stimmung" bei Soldaten und ihren Angehörigen, verursacht durch die Neuausrichtung der deutschen Streitkräfte mit all ihren Auswirkungen, hingewiesen. Mittlerweile haben eine Studie des Deutschen Bundeswehr-Verbandes und eine Erhebung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr den Seelenzustand der Bundeswehrangehörigen wissenschaftlich untersucht. Das Ergebnis war so, wie es Königshaus bereits attestiert hatte: Truppe im Stimmungstief!

Der Jahresbericht 2011 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages war für uns Anlass, das Amt und die Aufgaben der Institution „Anwalt der Soldaten" einmal näher zu beleuchten. Hellmut Königshaus äußerte sich dabei in seinem Gastbeitrag „Endlich erklären, wohin die Reise gehen soll" zu den aktuellen (und teilweise seit langem schon bekannten) Sorgen und Nöten der Soldatinnen und Soldaten. Die neun Extra-Seiten sind der Ausgabe 2/2012 unseres Magazins ***bundeswehr-journal*** entnommen.

Wehrbeauftragter Königshaus am 27. September 2012 im Bundestag
Bild: Deutscher Bundestag (Aufzeichnung der Aussprache zum Jahresbericht 2011)

Die Ihnen von mediakompakt zur Verfügung gestellten Inhalte dieser Download-Datei sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen jedoch diese Inhalte mit anderen teilen, verbreiten und verfielfältigen unter folgenden Bedingungen:
– unter Nennung der Quelle (Magazin ***bundeswehr-journal***, Ausgabe);
– nicht zu kommerziellem, sondern nur zu privaten Zwecken (auch dienstlich im militärischen Bereich und zu Studienzwecken);
– unter der Maßgabe, die Inhalte weder zu ändern noch zu ergänzen.

Magazin ***bundeswehr-journal***
mediakompakt
Oberstraße 50
56329 St. Goar

Tel. (06741) 184438
info@bundeswehr-journal.de
www.bundeswehr-journal.de

Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist in vollem Gange – die wichtigsten Entscheidungen sind gefallen: Die Allgemeine Wehrpflicht wurde ausgesetzt; die neuen Bundeswehr-Strukturen sind beschlossene Sache; festgelegt ist die künftige Anzahl der Großwaffengeräte; ein Stationierungskonzept wurde verabschiedet; im April hat das Verteidigungsministerium seine neue Zielstruktur eingenommen; am 11. Juni wurde mit der Realisierungsplanung ein weiterer wichtiger Schritt in der Umsetzung des Stationierungskonzeptes der Streitkräfte vollzogen (wir berichten ausführlich in der nächsten Ausgabe).

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus, sorgt sich um die, wie er sagt, „wichtigsten Partner dieser Reform – unsere Soldatinnen und Soldaten".

In seinem nachfolgenden Gastbeitrag für unser Magazin **bundeswehr-journal** *fordert er: „Nun ist es höchste Zeit, die Truppe mitzunehmen und zu erklären, wohin die Reise gehen soll." Bereits in seinem am 24. Januar veröffentlichten Jahresbericht 2011, der erste nach der Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht, beklagt Königshaus die schlechte Stimmung und tiefe Verunsicherung in der Truppe. Dies stehe in engem Zusammenhang mit der Neuausrichtung, so der Wehrbeauftragte.*

Foto: Melde (Deutscher Bundestag)
Das Bild zeigt die Übergabe des Jahresberichtes 2011 durch Hellmut Königshaus (links) an Bundestagspräsident Norbert Lammert

Jahresbericht 2011
des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages

Berlin. **In weiten Teilen der Bundeswehr ist eine tiefe Verunsicherung zu bemerken. „Die Bundeswehrreform geht selbstverständlich nicht spurlos an den Soldatinnen und Soldaten vorbei." Diese Einschätzung von Susanne Kastner, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, stammt vom 24. Januar dieses Jahres. An diesem Dienstag hielt sie den „Jahresbericht 2011" des Wehrbeauftragten in Händen, der die schlechte Stimmung in der Truppe dokumentiert. Hellmut Königshaus, seit zwei Jahren Wehrbeauftragter unseres Parlaments, überreichte seinen Bericht am 24. Januar auch an Bundestagspräsident Norbert Lammert.**

Die Stimmungslage in den Streitkräften hat sich auch in den vergangenen acht Monaten nicht entscheidend verbessert. Dies ist – mit Blick auf einen attraktiven Dienst in einer modernen Armee – fatal. Der Wehrbeauftragte legt mit seinem „Jahresbericht 2011" den Finger in etliche Wundbereiche.

Zur Lebenswirklichkeit des Staatsbürgers in Uniform

Der 53. Jahresbericht des Wehrbeauftragten fasst – für das Kalenderjahr 2011 – die Eindrücke und Erkenntnisse aus zahlreichen Truppenbesuchen und Gesprächen mit Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgradgruppen sowie rund 4800 Eingaben zusammen. Dabei schließt der Bericht auch die Erkenntnisse mit ein, über die das Verteidigungsministerium sowie der Verteidigungsausschuss des Bundestages bereits im Rahmen von sogenannten anlassbezogenen Einzelberichten und Berichten nach Truppenbesuchen unmittelbar unterrichtet wurden.

Die absolute Zahl der Eingaben war 2011 leicht rückläufig. Gemessen an der neuen Truppenstärke von nur noch rund 200 000 Soldatinnen und Soldaten ist die Eingabenquote allerdings angestiegen. Darüber hinaus hätten die Komplexität der Eingaben und der damit verbundene Ermittlungsaufwand zugenommen, so der Wehrbeauftragte in seinem „Jahresbericht 2011". Das gelte generell für Fragen des Einsatzes, aber auch für Einzelvorgänge wie beispielsweise die Vorfälle auf dem Segelschulschiff der deutschen Marine „Gorch Fock".

Reform, Einsätze, Truppenalltag

Die Schwerpunkte des aktuellen Berichts sind neben der Bundeswehr-Neuausrichtung mit all ihren Auswirkungen auf die Angehörigen der Streitkräfte die Auslandseinsätze und die damit verbundenen Bereiche „Ausbildung" sowie „Ausrüstung". Der dritte Themenschwerpunkt befasst sich mit dem Dienst im Inland und der Attraktivität des Dienstes. Der Wehrbeauftragte merkt dazu an: „Attraktivität ist ein wichtiger Aspekt der Berufszufriedenheit und gleichzeitig der Schlüssel zum Erfolg der weiteren Neuausrichtung der Bundeswehr. Ein wesentlicher Aspekt dieser Attraktivität ist die Vereinbarkeit von Familie und Dienst."

Bei der Vereinbarkeit von Dienst und Familie sieht Hellmut Königshaus große Defizite. Etwa 70 Prozent aller Soldaten pendeln – so seinen Erkenntnisse – mittlerweile zwischen Wohn- und Dienstort, teilweise über mehrere hundert Kilometer. Die im neuen Stationierungskonzept der Bundeswehr geplante Schließung von 31 Standorten und die Reduzierung von 91 Standorten um bis zu 50 Prozent der Dienstposten werde dieses Problem noch vergrößern, warnt Königshaus.

Ausdrücklich bedauert er in seinem „Jahresbericht 2011", dass das Verteidigungsministerium seine Anregung bezüglich einer dezentralen und regionalen Zusammenlegung von Verbänden und Ausbildungseinrichtungen nicht aufgenommen habe. Die häufigen Abwesenheiten von zu Hause führten zu extremen Belastungen für die Ehen und Familien der Soldaten. So liege die Trennungs- und Scheidungsrate von Soldaten in einzelnen Verbänden bei bis zu 80 Prozent.

Mängel benennt der Wehrbeauftragte auch bei den Betreuungsangeboten für Kinder von Soldaten. An den Standorten fehlten mindestens 1000 Betreuungsplätze. Keine Fortschritte sieht er bei der Bereitstellung von Eltern-Kind-Zimmer. Der angemeldete Bedarf von 300 Eltern-Kind-Zimmern an 170 Standorten sei bislang erst zu einem Drittel gedeckt. Im

Rund 70 Prozent aller Soldaten pendeln zwischen Wohn- und Dienstort.

Foto: Elbern (Bundeswehr)

An den Standorten fehlen derzeit etwa 1000 Betreuungsplätze für Kinder.

Januar kurz nach Erscheinen des Wehrbeauftragten-Berichtes 2011 schrieb die *Leipziger Volkszeitung*: „Scheidungsraten, Kinderbetreuung, familienfreundliches Klima, das waren bisher Themen, die eher nicht mit der Bundeswehr in Verbindung gebracht wurden. Hellmut Königshaus hat aber zu Recht die großen Belastungen für die Familien der Soldaten durch Auslandseinsätze, ewiges Pendeln zwischen Wohn- und Dienstort und fehlende Kita-Plätze angesprochen. Auch vor Kasernentoren macht die Lebenswirklichkeit nicht halt.“ Lobend erwähnt der Wehrbeauftragte in seinem Jahresbericht das „Maßnahmepaket zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr“. Trotz zahlreicher guter Absichten fehle allerdings nach wie vor die Umsetzung.

Foto: Stollberg (Bundeswehr)

Ausbildung und Ausrüstung

Ein besonderes Augenmerk legt Hellmut Königshaus, wie bereits erwähnt, auf die Situation in den Auslandseinsätzen. Die Gefährdung in den Einsatzgebieten, vor allem in Afghanistan, sei weiterhin unverändert hoch, so sein Jahresbericht. Daran habe auch die Umsetzung des Partnering-Konzeptes in Afghanistan nichts geändert. Scharf rügt der Wehrbeauftragte: „Trotz der erneut gestiegenen Anforderungen und der damit einhergehenden Gefahren bestehen zahlreiche, teilweise seit Jahren bekannte Defizite im Bereich der Ausrüstung sowie der Ausbildung unverändert fort.“

Bemühungen des Verteidigungsministeriums, erkannte Mängel abzustellen, seien unverkennbar, heißt es in dem Bericht weiter. In vielen Bereichen hätten sie zu teils deutlichen Verbesserungen geführt. Hervorzuheben sei insbesondere die Mitte 2010 im Ministerium etablierte Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Ausrüstung Einsätze“, die seither in einer Vielzahl von Fällen zu einer erheblichen Beschleunigung der Beschaffung sowie schneller und unbürokratischer Abhilfe im Bereich

Fortsetzung Seite 6

Institution mit Tradition

***Berlin.* Der Deutsche Bundestag beruft einen Wehrbeauftragten, der ihn bei der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte unterstützt.**

Er wird auf Weisung des Bundestages oder des Verteidigungsausschusses tätig. Er kann aber auch selber tätig werden, wenn er Hinweise auf die Verletzung von Grundrechten von Soldaten oder aber von Grundsätzen der Inneren Führung erhält. Jede Soldatin und jeder Soldat kann sich direkt an den Wehrbeauftragten wenden.

Seit dem 20. Mai 2010 ist der FDP-Politiker Hellmut Königshaus Wehrbeauftragter des deutschen Parlaments. Vor ihm hatten neun Männer und eine Frau dieses Amt inne.

1959-1961
Helmuth von Grolman

1961-1964
Hellmuth G. A. Heye

1964-1970
Matthias Hoogen

1970-1975
Fritz Rudolf Schultz

1975-1985
Karl Wilhelm Berkhan

1985-1989
Willi Weiskirch

1989-1995
Alfred Biehle

1995-2000
Claire Marienfeld-Czesla

2000-2005
Willfried Penner

2005-2010
Reinhold Robbe

Fotos: Bundesbildstelle/Deutscher Bundestag/Friedrich-Naumann-Stiftung (Archiv des Liberalismus)/amk

Fortsetzung von Seite 5

der Ausrüstung beigetragen habe. Dennoch blieben erhebliche Ausrüstungslücken – sowohl im Einsatz als auch im Inland.

Das Medienecho, das der Präsentation des „Jahresberichts 2011" folgte, war besonders beim Kritikpunkt „Auslandseinsätze" überdeutlich. So schrieb im Januar die *Neue Presse*: „Da werden deutsche Soldaten nach Afghanistan geschickt, die ihre Waffen nicht beherrschen und Lastwagen und schützende Transportpanzer nicht fahren können, weil es bei der Ausbildung hierzulande an Munition, Waffen und Fahrzeugen fehlt. Ein Unding. Dieses Sparen ist lebensgefährlich. So ein Arbeitgeber schreckt ab. Die künftige Einsatzfähigkeit der Bundeswehr wird auch davon abhängen, ob sie genügend Freiwillige gewinnen kann." Heftig beklagte die *Braunschweiger Zeitung*: „Wer Menschen in einen Krisenherd schickt, der muss diese ohne Abstriche perfekt ausrüsten. Es ist auch inakzeptabel, dass sich die Traumatisierten, die vom Hindukusch heimkehren, mit Anerkennungsverfahren herumärgern müssen."

Foto: Rafoss (ISAF)

Der Wehrbeauftragte kritisiert die teilweise unzureichende Einsatzvorbereitung…

Konkret hatte Wehrbeauftragter Königshaus bei der einsatzvorbereitenden Ausbildung etliche gravierende Mängel aufgelistet. Er rügte beispielsweise die unzureichende Anzahl von im Einsatz genutzten Fahrzeugtypen für die Vorbereitung. Verärgert äußerte er sich auch über die „Engpässe" in der einsatzvorbereitenden Ausbildung bei Munition und Handwaffen. Grundsätzlich beklagte Königshaus Defizite in der Waffenausbildung ganz allgemein.

Warten auf das neue Großgerät

Auch im Berichtsjahr 2011 und damit im zehnten Jahr des Afghanistan-Einsatzes bestanden, so der Wehrbeauftragte, „zahlreiche bereits in früheren Jahren festgestellte Mängel im Bereich der Ausrüstung fort". Ein Beispiel für zu lange Beschaffungsverfahren sei die Ausstattung des Transporthubschraubers CH-53 unter anderem mit einer Bergungswinde, Komponentenschutz (der Panzerung betriebsnotwendiger Teile) und einer verbesserten Nachtsichtfähigkeit. Sorgen bereiten dem Wehrbeauftragten auch die erheblichen Verzögerungen bei der Beschaffung und Einführung (bzw. die mangelnde Einsatzreife) im Einsatz dringend benötigter Großgeräte wie des Transportflugzeuges A400M oder der Hubschrauber NH90 und Tiger.

Unter dem Punkt „Persönliche Ausrüstung" urteilt der Jahresbericht: „Noch immer sind die bereits seit Jahren beanstandeten Probleme hinsichtlich unzureichender persönlicher Ausrüstung der Soldaten nicht zufriedenstellend gelöst."

Nicht genügend Sanitätsoffiziere

Besorgt zeigt sich Hellmut Königshaus auch über die Lage des Sanitätsdienstes. In seinem Bericht heißt es: „Trotz der positiven Entwicklung kann der Personalbedarf bei den Sanitätsoffizieren zurzeit noch immer nicht gedeckt werden. Defizite bestehen insbesondere bei den ärztlichen Qualifikationen mit Notfallkompetenz für Einsätze. Dies hat Auswirkungen auf die medizinische Einsatzversorgung."

Großer Personalbedarf besteht auch bei Psychologen und Psychatern. Da hier die Bundeswehr noch immer über zu wenig Expertise verfüge, seien die Behandlungskapazitäten für Traumapatienten zu gering, warnt Wehrbeauftragter Königshaus. Er fordert: „Zur Gewährleistung der erforderlichen psychotherapeutischen Betreuung erkrankter Soldaten muss die Bundeswehr eigene Therapiekapazitäten ausbauen."

dew

Foto: Bicker (Bundeswehr)

…und warnt vor erheblichen Defiziten im Bereich der medizinischen Einsatzversorgung.

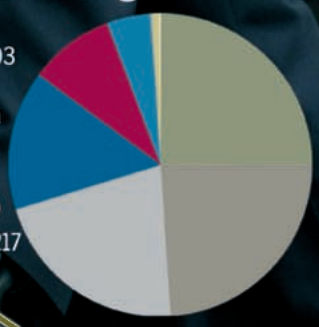
Eingaben 2011 nach Inhalten

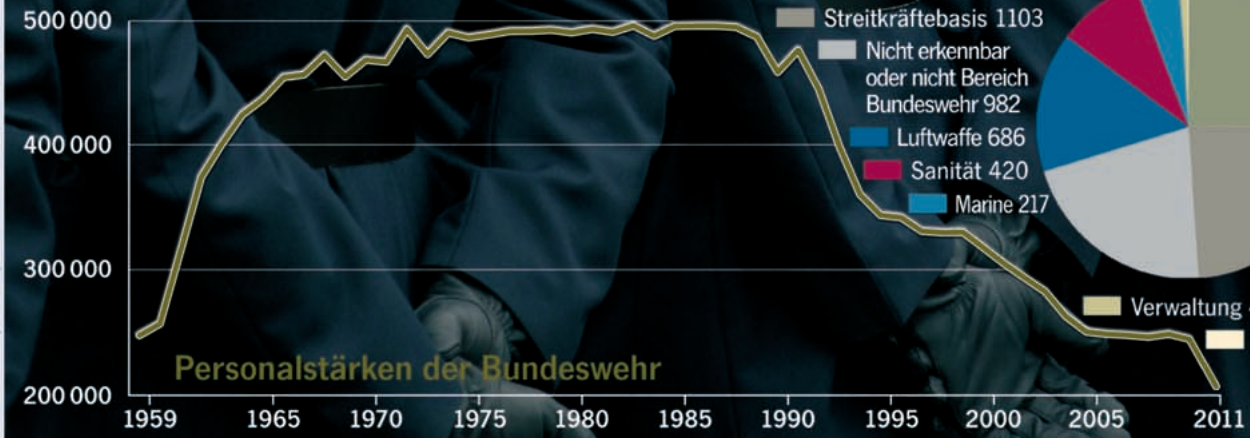
1: Unterkünfte/Verpflegung/Bekleidung/Betreuung
2: Soziales/Versorgung
3: Reservistenangelegenheiten/Wehrübungen
4: Heilfürsorge
5: Besoldung und besoldungsrechtliche Nebengebiete
6: Personelle Fragen der Wehrpflichtigen
7: Personalangelegenheiten der Berufs- und Zeitsoldaten
8: Menschenführung/Wehrrecht/Soldatische Ordnung

Der Bundestagsabgeordnete Ernst Paul ist heute kaum noch bekannt. Zu Unrecht. Denn der SPD-Politiker war es, der 1951 die Idee von einem Wehrbeauftragten nach dem Vorbild des schwedischen „Militie Ombudsman" in die Diskussion einbrachte.

Das Parlament einigte sich nach langen Debatten 1956 auf das neue Amt eines Wehrbeauftragten „zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages". Erst im 1959 wurde mit Helmuth von Grolman der erste „Anwalt der Soldaten" gewählt. Unsere Infografik zeigt die Zahl der Eingaben seit 1959, die in die Zuständigkeit des Wehrbeauftragten fielen. Darunter sind die Bundeswehr-Personalstärken seit 1959 dargestellt.

Eingaben 2011 nach Org.-Bereichen





Das Hintergrundbild zeigt das Gelöbnis vor dem Reichstagsgebäude in Berlin am 20. Juli 2011 (Foto: Wilke)
Infografik © mediakompakt 06.12/Daten: Aus dem Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages 2011

Endlich erklären, wohin die Reise gehen soll

Von Hellmut Königshaus

„Gut ausgebildete und erfahrene Zeitsoldaten nach vier Jahren nach Hause zu schicken, werden wir uns auf Dauer nicht mehr leisten können." Dies ist die Quintessenz eines Gastbeitrages des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus (Foto), für unser Magazin *bundeswehr-journal*. Der Anwalt der Soldaten befasst sich mit der Neuausrichtung der Bundeswehr und den Menschen, die in den Streitkräften dienen. Er schreibt: „Die Neuausrichtung der Bundeswehr folgt der Erkenntnis, dass die demografischen Veränderungen in unserem Land zukünftig zwingend zu einer deutlichen Verkleinerung führen müssen. Ihre Umsetzung ist in vollem Gange. Leider muss ich aber bei meinen Truppenbesuchen immer wieder feststellen, dass die wichtigsten Partner dieser Reform sich nicht mitgenommen fühlen: unsere Soldatinnen und Soldaten."

Dieses Gefühl besteht zumindest teilweise zu Recht: Die Bundeswehr-Reform hätte Chancen eröffnet, durch eine grundlegend neue Zuordnung von Truppenteilen und Standorten zum mittelfristigen Abbau der verbreiteten „Pendelei" und damit zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Dienst zu gelangen. Diese einmalige Chance ist durch das neue Standortkonzept vertan worden.

Leider hat man das an sich nachvollziehbare Prinzip einer „Präsenz in der Fläche" falsch ausgelegt. Auch bei einer flächendeckenden Präsenz wären Schwerpunktsetzungen nach Truppengattungen möglich gewesen. Das ist nicht geschehen, im Gegenteil. Durch die Verkleinerung vieler Standorte wird sich die Situation der Pendler perspektivisch nun eher noch verschlechtern als verbessern. Offenbar waren viele Standortentscheidungen eher darauf ausgerichtet, lokale und regionale Interessen zu befriedigen, Bürgermeister, Landräte und Ministerpräsidenten zufrieden zu stellen.

Einige der Veränderungen werden bereits umgesetzt, doch die Kommunikationsstrategie des Verteidigungsministeriums lässt nach wie vor zu wünschen übrig. Wichtig und richtig wäre gewesen, schon vor Umsetzung des Konzepts Transparenz und Nachvollziehbarkeit an den Tag zu legen. Das ist – wie mir alle Gespräche mit Soldatinnen und Soldaten zeigen – bisher nicht gelungen.

Die Reform wird in der Truppe vor allem als Problem wahrgenommen. Welchen Standort ich auch besuche, überall erlebe ich Verunsicherung und Unklarheit: Was bedeuten diese Veränderungen konkret für die Soldatinnen und Soldaten, für jeden Einzelnen und auch für die Angehörigen, wie sollen Erfolge gemessen werden, wie können Erfahrungen der Truppen mit der umzusetzenden Reform in die weitere Planung einfließen?

Nun ist es also höchste Zeit, die Truppe mitzunehmen und zu erklären, wohin die Reise gehen soll. Die Soldatinnen und Soldaten müssen wissen, warum und mit welchem Ziel welche Veränderungen vorgenommen werden, und wie der Zeitplan aussieht.

Hinzu kommen weitere Veränderungen, die die betroffenen Soldatinnen und Soldaten mit Sorge sehen: Im Zuge der Reform fallen ganze Truppengattungen weg, beispielsweise die Heeresflugabwehr. Das führt nicht selten dazu, dass nun unmittelbar Bereiche Aufgaben übernehmen sollen, auf deren Aufnahme sie sich nicht angemessen vorbereitet fühlen. Natürlich trägt auch das nicht gerade dazu bei, unseren Soldatinnen und Soldaten Vertrauen in die Reform zu geben.

Mißtrauen und Zweifel wecken auch die Sparvorgaben. Bei allem Sparen in der Gegenwart dürfen wir schließlich die Zukunft nicht vergessen. Die derzeitigen Auslandseinsätze überspannen die Truppe, wie wir immer wieder erleben müssen, schon jetzt. Dabei soll nach den Verteidigungspolitischen Richtlinien die Bundeswehr künftig sogar zwei Einsätze in der Größenordnung des Afghanistan-Einsatzes zur gleichen Zeit leisten können.

Wie das gelingen soll, ist nicht nur mir unklar. Die beabsichtigte Reduzierung gerade von Mangelressourcen wie etwa bei den Spezialpionieren oder der ABC-Kräfte wecken da Zweifel. Und diese Defizite belasten und überfordern nach allen bisherigen Erfahrungen nicht nur die dann in immer kürzeren Abständen in den Einsatz geschickten Soldatinnen und Soldaten, sondern auch ihre Familien.

Veränderte Einsatzszenarien

Aber natürlich gibt es auch gute und richtige Ansätze: Die infanteristischen Kräfte beispielsweise wachsen auf. Für Einsätze, wie wir sie derzeit erleben, ist das sicher ein guter Ansatz. Ob allerdings künftige Einsätze auch so aussehen werden, ist fraglich. Weder der Afghanistan-Einsatz noch der auf dem Balkan können wohl als „Blaupause" angesehen werden.

Die Bundeswehr muss sich deshalb in Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung eine gewisse Flexibilität erhalten, um auf veränderte Einsatzszenarien reagieren zu können. Ob also ein Mehr an infanteristi-

schen Kräften allein schon die Lösung sein kann, muss deshalb dahinstehen. Ähnlich verhält es sich mit der Frage, ob wir die Schwächung, die wir zugunsten einer Fähigkeit an anderer Stelle bewusst in Kauf nehmen, kompensieren können.

Bisher kann ich nicht erkennen, wo und wie das konzeptionell belegt ist. Bisher habe ich leider eher den Eindruck, dass wir bei Fragen wie diesen auch nach einem halben Jahr noch in der Findungsphase sind. Hier ist rasches Handeln nötig. Das erwarten unsere Soldatinnen und Soldaten.

Aus meinen Gesprächen mit Soldatinnen und Soldaten weiß ich, dass es in der Truppe nicht selten den Eindruck gibt, dass sich die Reform zu ihrem Nachteil auswirkt. Daher hoffen viele von ihnen, dass die Reform nicht ganz so schnell umgesetzt wird. Das ist schade, denn ein Konzept kann nur stark sein und mit Kraft umgesetzt werden, wenn die, die es ausfüllen sollen, es auch mittragen. Hier ist leider in der Vergangenheit zu wenig geschehen.

Aus- und Weiterbildung

Das Zahlenverhältnis der Soldaten, die nötig sind, um den Einsatz der Truppe zu ermöglichen, im Vergleich zu denen, die im Einsatz sind, muss bei einer modernen Armee anders aussehen als bisher. Eine Verschlankung und Steigerung der Effizienz ist und bleibt unumgänglich. Überdacht werden muss gerade deshalb auch die Personal- und Laufbahnplanung.

Ein Beispiel, das dieses Problem gut belegt, ist die Ausbildung: Gerade eben erst hat ein Soldat in seiner Funktion Fuß gefasst, da muss er aus Laufbahngründen oder dergleichen an einen anderen Standort, muss dort weitere Kompetenzen erwerben, sattelt dann noch eine Zusatzqualifikation auf und steht der Truppe schließlich nur kurze Zeit voll ausgebildet zur Verfügung, bevor er wieder aus der Bundeswehr ausscheidet. Das führt zu dem Problem, welches auch der Verteidigungsminister erkannt hat: rund 30 Prozent der Soldatinnen und Soldaten sind permanent mit Ausbildung beschäftigt – als Ausbilder, als Auszubildender oder in sonstigen Funktionen an den Ausbildungseinrichtungen.

Diese Zahl müssen wir deutlich verringern und das Aus- und Weiterbildungskonzept effizienter gestalten. Daher können wir es uns nicht länger leisten, immer wieder und viel zu schnell erworbene Kompetenz und Erfahrung aufzugeben. Wenn wir die Zahl der Soldatinnen und Soldaten insgesamt verringern, dann müssen wir die Erfahrungen und das Können der einzelnen Soldatinnen und Soldaten länger nutzen.

Das beginnt damit, dass wir gut ausgebildete und erfahrene Zeitsoldaten nicht bereits nach vier Jahren wieder nach Hause schicken, wie es derzeit fast die Regel ist. Dieses Vorgehen werden wir uns auf Dauer nicht mehr leisten können. Man kann einen vernünftigen Altersaufbau der Streitkräfte auch dann hinbekommen, wenn wir den Beschäftigten unserer Bundeswehr eine längerfristige Perspektive geben.

Bis zum Jahr 2025 werden wir jedes Jahr ca. 50 000 Soldatinnen und Soldaten brauchen, die sich mit dem festen Willen zur Bundeswehr zu gehen, bewerben.

Das ist nicht nur „ehrgeizig", wie der Verteidigungsminister meint, das ist schlicht unrealistisch. Wir müssen also den einzelnen länger halten. Bisher jedoch heißt der Grundsatz jedoch „Neuverpflichtung vor Weiterverpflichtung". Genau das kann aber so auf Dauer nicht funktionieren.

Das spielt auch bei der Frage der Neugewinnung von Soldatinnen und Soldaten eine Rolle. Bei zunehmendem Konkurrenzdruck aus dem zivilen Bereich ist eine unsichere, auf zunächst vier Jahre begrenzte Perspektive sicherlich nicht als besonders attraktiv herausstellen. Gerade zu Beginn eines Berufslebens, wenn es beispielsweise darum geht, eine Familie zu gründen, braucht man Sicherheit.

Künftige Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr müssen mehr als das heute der Fall ist, das Gefühl haben, dass für ihre Lebensperspektive, ihre soziale Absicherung gesorgt ist. Das wird nicht gelingen, wenn man ihre Dienstzeit auf vier Jahre beschränkt. Nach vier Jahren wieder auf dem Arbeitsmarkt zu stehen, ist das Gegenteil von Planungssicherheit. Die Bundeswehr muss Leuten, die sie für den Dienst in den Streitkräften gewinnen will, auch eine langfristige Perspektive geben.

Einen Faktor darf man an diesem Punkt nicht vergessen: Die Soldatin und der Soldat haben nicht nur eine Verpflichtung gegenüber ihrem Dienstherrn, sondern auch gegenüber ihren Familien und Angehörigen. Sie müssen ihren Angehörigen eine sichere Perspektive bieten können. Es ist doch legitim, dass der Soldat sich fragt: Wie oft werde ich eigentlich weggeschickt, welche Belastungen kommen auf mich und meine Familie zu? Wie planbar sind die Aus- und Weiterbildungen, die Einsatzzeiten, die Urlaube?

Verlässliche Perspektiven

Ein wichtiger Faktor ist also auch die Verlässlichkeit der Dienstplanung. Das höre ich auch immer wieder von Soldatinnen und Soldaten. Je besser es der Bundeswehr gelingt, verlässliche Perspektiven zu bieten – besonders auch in Fragen der Vereinbarkeit von Dienst und Familie –, desto besser kann sie als Arbeitgeber bei jungen Menschen punkten.

Sicherlich wird es unumgänglich sein, den Dienst in den Streitkräften auch in Zu-

Fortsetzung Seite 10

Foto: Schwegmann

Der Wehrbeauftragte besucht die Bundeswehr im Auslandseinsatz.

Fortsetzung von Seite 9

kunft für einen großen Teil der Soldatinnen und Soldaten zeitlich so zu begrenzen, dass sie sich anschließend beruflich neu uorientieren müssen. Denjenigen, die aus der Bundeswehr ausscheiden, muss im Sinne der Attraktivität deshalb eine solide, im zivilen Bereich anerkannte Qualifizierung mitgegeben werden. Der Übergang ins zivile Arbeitsleben würde durch eine zivile Zertifizierung ihrer militärisch erworbenen Fertigkeiten deutlich erleichtert.

Dort, wo es keine entsprechenden zivilen Verwendungen gibt – etwa bei den Infanteristen – muss der Dienstherr mit besonderen Programmen Fertigkeiten und Qualifizierungen auf anderen Gebieten vermitteln.

Die Dienstzeit eines Zeitsoldaten darf nicht im Wartezimmer des Arbeitsamtes enden. Andernfalls wird auf Dauer die Zahl derer, die man überzeugen kann, sich für den Dienst in den Streitkräften zu entscheiden und dort einen Dienst für die Allgemeinheit zu verrichten, immer geringer werden.

Es geht jetzt darum, in der Feinplanung aus den bisher getroffenen Entscheidungen das Beste zu machen. Insbesondere auch die langfristige Verbesserung der zivilberuflichen Perspektiven unserer Soldatinnen und Soldaten muss vorangebracht und in Zusammenhang mit den Stationierungsentscheidungen gesetzt werden.

Zum Wohle der Truppe

Ich wünsche mir, dass künftig mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse der Soldatinnen und Soldaten genommen wird, als das bisher der Fall war.

Es ist großer Aufwand nötig, um die legitimen Interessen der Soldatinnen und Soldaten mit denen des Dienstherrn zu vereinbaren; dessen bin ich mir bewusst. Aber dieser Aufwand ist nötig, er muss personell unterfüttert sein und sich auch institutionell abbilden.

Diejenigen, die diese Aufgabe bislang wahrnehmen, haben derzeit kaum die Möglichkeit, mehr als den Normalbetrieb zu erledigen und werden nun durch die weiteren, zuvor beschriebenen wichtigen Aufgaben zusätzlich stark gefordert sein. Dort wird es sicherlich nicht ohne eine personelle Verstärkung möglich sein, die Reform in ihrer gesamten Breite zum Wohle der Truppe und der Soldatinnen und Soldaten umzusetzen.

Insgesamt hoffe ich, dass mit der Reform gemachte Erfahrungen und Hinweise, die schon jetzt aus der Truppe kommen, Gehör finden und in künftige Entwicklungsplanungen einfließen.

Hellmut Königshaus, Jahrgang 1950, ist seit dem 20. Mai 2010 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Nach seinem Abitur 1970 leistete der gebürtige Berliner zunächst Wehrdienst als Zeitsoldat (zuletzt Personaloffizier). 1972 begann er ein Studium der Rechtswissenschaft in Freiburg im Breisgau. Er beendete das Studium 1977 in Berlin mit dem ersten juristischen Staatsexamen. Nach Ableistung des Referendariates bestand er 1980 das zweite Staatsexamen und war anschließend als Richter tätig. Es folgten Aufgaben u.a. als Justizsprecher in Berlin, in der Senatsverwaltung sowie als Generalbevollmächtigter eines großen Unternehmens.
2004 rückte das seit Mitte der 1980er-Jahre in der Kommunal- und Landespolitik engagierte FDP-Mitglied für den verstorbenen Abgeordneten Günter Rexrodt in den Bundestag nach. Von September 2009 bis März 2010 war Königshaus ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Foto: PrInfoZ Heer

Anwalt der Soldaten: **Hellmut Königshaus auf Truppenbesuch beim Panzergrenadierbataillon 112 in Regen.**

Berlin. 2011 war das Jahr der Grundsatzentscheidungen für die Neuausrichtung unserer Bundeswehr. Das Jahr 2012 markiert den Beginn der Umsetzung. Das Verteidigungsministerium nahm am 1. April seine neue Zielstruktur ein. Am 11. Juni billigte Verteidigungsminister Thomas de Maizière die Realisierungsplanung – sie legt fest, wann welche Organisationseinheit ihre Zielstruktur einnehmen soll.

Kurz nach Übermittlung der Realisierungsplanung durch das Ministerium an die Soldaten und an die Öffentlichkeit meldete sich der Wehrbeauftragte zu Wort.

Viele Chancen vertan?

Hellmut Königshaus kritisierte – einen Tag nach Bekanntgabe der weiteren Details zur Bundeswehr-Reform – in der *Passauer Neuen Presse*, dass beim neuen Standortkonzept der Bundeswehr-Reform „wieder einmal die Interessen der Soldaten" hinten angestellt worden seien. Besonders bei der von ihm immer wieder geforderten Verbesserung der Pendlersituation von Soldaten seien doch „viele Chancen vertan" worden. Die Truppe fühle sich bei der Reform nicht mitgenommen, äußerte der Wehrbeauftragte besorgt. „Die Soldatinnen und Soldaten sehen die Reform als Problem."

Mit dieser laut kommunizierten Einschätzung der Pläne und Planungen für eine neue Bundeswehr dürfte sich Königshaus im Kreise der Reformer einmal mehr wenig Freunde gemacht haben. Er wird dies wohl verschmerzen können.

Kritisch, neugierig und verbissen

Dass Hellmut Königshaus ein unbequemer Mensch ist, haben ihm etliche Chronisten bereits bescheinigt. Er gehe keiner Auseinandersetzung aus dem Weg, befand anerkennend im Januar vergangenen Jahres Steffen Hebestreit.

In seinem in der *Frankfurter Rundschau* erschienenen Porträt „Der unbequeme Kontrolleur" beschreibt Hebestreit den FDP-Politiker als hartnäckig, detailverliebt, geduldig und ausdauernd. „Zunächst ermittelte der heute 60-Jährige im Visa-Ausschuss gegen Verfehlungen des Auswärtigen Amtes unter Minister Joschka Fischer (Grüne), später im BND-Ausschuss gegen dessen Nachfolger Frank-Walter Steinmeier (SPD) und die Präsidenten von Bundesnachrichtendienst, Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt. Der überraschend impulsive Westberliner zeichnete sich dabei durch Detailkenntnis, Fleiß und eine beharrliche Penetranz aus, die so manchen Politiker zu später Stunde aufstöhnen ließ." Einen äußerst genervten Joschka Fischer zitiert der *Rundschau*-Redakteur mit den Worten: „Ach, Herr Königshaus, diese Welt ist für uns beide einfach zu klein."

Der Richter aus Berlin, der Landes- und spätere Bundespolitiker – er blieb sich auch im Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages treu. Hebestreit: „Hellmut Königshaus ist von Hause aus ein unbequemer Mensch, einer, der Fragen stellt und sich ungern mit simplen Antworten zufrieden gibt."

Schlechte Noten für das Konzept

Den kritischen Kopf Königshaus erlebte im Mai auch ein sachkundiges Publikum in Potsdam. Bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik und dem Reservistenverband sprach der Wehrbeauftragte dort über „Die Bundeswehr der Zukunft".

Mit Blick auf die Neuausrichtung der Truppe nach Aussetzung der Wehrpflicht vertrat Königshaus die Auffassung, viele hätten den Ernst der Lage in Bezug auf Personalgewinnung und attraktive Dienstgestaltung noch immer nicht realisiert. Die Wirklichkeit: Familiäre Belastungen von Soldaten durch häufige Versetzungen, kurze Stehzeiten, Ausbildungs- und Auslandseinsätze; mangelhafte Berufs- und Aufstiegsperspektiven; schlechte Einsatzbedingungen; Ausrüstungsmängel.

Klare Worte von Königshaus in Potsdam auch zum neuen Standortkonzept: Dieses sei „eine einzige Katastrophe" und von der Anlage her „komplett verfehlt". Das Konzept sei nicht an den Bedürfnissen der Soldaten ausgerichtet worden, Belastungen durch die Strukturen einer Pendlerarmee seien geblieben. Unbequemer Kontrolleur, unbequeme Ansichten: ein Glücksfall für die Bundeswehr! **dew**

In Berlin.

Foto: Wilke (Bundeswehr)